

Pressemitteilung (7.3.2009)

Grüne Gentechnik sofort stoppen!

Gentechnikkritiker veröffentlichen erschreckende Details über Seilschaften in der deutschen Gentechnik und fordern die sofortige Aussetzung aller Freisetzungsversuche

Wer sich fragt, warum die grüne Gentechnik trotz überwältigender Ablehnung immer weiter vorangetrieben wird, findet jetzt eine neue Antwort: Unter dem Titel "Organisierte Unverantwortlichkeit", einem Ausspruch des Bundesumweltministers, zeigen GentechnikkritikerInnen auf, dass staatliche Aufsichtsbehörden, Forschungsinstitute, Konzerne und Lobbyverbände miteinander stark verfilzt sind. "Es gibt keine unabhängigen Stellen und überall herrschen Seilschaften, die keinen Zweifel an ihrer Befürwortung der Gentechnik lassen", fasst der Autor Jörg Bergstedt die Lage zusammen. Dabei würden Genehmigungsverfahren ausgehebelt und viele Millionen Forschungsgelder in windige Firmenkonstruktionen umgeleitet: "Rund um die vier Zentren der grünen Gentechnik in Gatersleben, Braunschweig, Üplingen und Groß Lüsewitz sind mafiose Geflechte von Kleinstunternehmen entstanden, zwischen denen Aufträge und Gelder hin- und hergeschoben werden". Die neue Broschüre (www.aktionsversand.de.vu) soll die Debatte um das Verbot der grünen Gentechnik voranbringen und kann wichtige Akzente im Europa- und Bundestagswahlkampf setzen. Am wichtigsten aber ist dem Autor die Folgerung: "Wer sich auf staatliche Stellen verlässt, ist verlassen. Gentechnikfreiheit gibt es nur dann, wenn die 80 Prozent Ablehnung auch in direkten Protest umschlagen - nicht nur per Protestmail oder am Supermarktregal!"



Kurzbeschreibung mit der Bitte um Abdruck als Kurznotiz:

Monsanto auf Deutsch

Broschüre über deutsche Gentechnik-Seilschaften

Kennen Sie Filme oder Bücher über Monsanto? Fast immer decken die AutorInnen dort den intensiven Filz zwischen Konzern und Aufsichtsbehörden auf. Doch St. Louis, der Firmensitz des Round-up- und Agent-Orange-Herstellers, ist weit weg. Wie sieht es aber in Deutschland aus? Kein Stück besser. Das findet zumindest der Autor der neuen Broschüre "Organisierte Unverantwortlichkeit" (www.aktionsversand.de.vu), in dem minutiös die Seilschaften zwischen Behörden, staatlicher und privater Forschung, Konzernen und Lobbyorganisationen durchleuchtet werden. Im Mittelpunkt stehen dabei die Kontrollbehörden BVL und EFSA sowie die vier Zentren der grünen Gentechnik in Gatersleben, Braunschweig, Üplingen und Groß Lüsewitz. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt mafiose Strukturen und skandalöse Zustände bei Genehmigungen und Geldvergabe.

24 Seiten, A5-Format, 2 Euro

- Hinweis: Wir stehen gerne für nähere Informationen, Interviews oder das Abfassen weiterer Texte aus der Substanz der Veröffentlichung bereit.

Beispieltext (ohne Grafiken) aus der Veröffentlichung: Die Verbraucherschutzbehörde BVL als Handlanger der Konzerne

Zum Schutz der VerbraucherInnen bestehen Gesetze. Sie regulieren Schadstoffe und schreiben vor, welche Informationen offengelegt werden müssen. Da kann es beruhigen, wenn zur Durchsetzung dieser Rechte auch eine handlungsmächtige Behörde existiert: Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit. Auf dessen Internetseite verspricht das Amt: „Das BVL nimmt ... die Durchsetzung dieser auf EG-Normen beruhenden Verbraucherschutzgesetze wahr. ... Ziel ist es, Verbraucherrechte im Falle innergemeinschaftlicher Verstöße besser durchzusetzen. ... Dem BVL kommt bei der Wahrung der Verbraucherrechte eine Doppelfunktion zu: Zum einen ist das BVL die so genannte ‚Zentrale Verbindungsstelle‘ in Deutschland, zum anderen ist es auch selbst eine für die Durchsetzung von Verbraucherrechten zuständige Behörde.“

Da wird sich mancheR beruhigt zurücklehnen – eine große Behörde kümmert sich um die VerbraucherInnen und ihre Interessen gegenüber Staat, Konzernen und anderen. Wahrscheinlich ist dieses blinde Vertrauen auch gewollt. Denn die Realität ist weit entfernt von den Versprechungen. Genauer: Es ist sogar gegenteilig. Bislang hat das BVL alle Anträge auf gentechnische Nutzungen genehmigt.¹ Ausgerechnet diese Behörde verweigert Akteneinsicht nach dem Umweltinformationsgesetz. Etliche BeamtInnen stellen sich in internen Schreiben uneingeschränkt hinter die antragstellenden Konzerne und Forschungseinrichtungen, manche treten sogar in Werbefilmen genau der Firmen auf, deren Anträge sie an anderen Arbeitstagen ohne die notwendigen umfangreichen Prüfungen durchwinken. Die wichtigsten Entscheidungsträger der Gentechnikabteilungen sind eingebunden in ein enges Geflecht von Lobbyorganisationen und Konzernen. Kontroll-, Genehmigungsbehörden, Geldgeber, Forschung und Firmen sind über die Jahre zu einem Filz zusammengeschmolzen, der sie als Einheit erscheinen lässt.

Ein prägnantes Beispiel ist der Leiter der Gentechnikabteilung, Dr. Hans-Jörg Buhk. Neutral oder gar kritisch war er nie. Schon Ende der 1990er Jahr wusste er z.B., dass Gentechnik grundsätzlich sicher ist: „Auf diese Weise können die Lebewesen, die unserer Ernährung als Basis dienen, gezielt mit Eigenschaften ausgestattet werden, die unsere Lebensmittel qualitativ verbessern und sowohl wirtschaftliche als auch ökologische Vorteile bei der Erzeugung und Verarbeitung erwarten lassen. [...] Kaum eine neue Technik ist bisher so ausgiebig auf mögliche Risiken getestet worden wie die Gentechnik, und noch nie gab es Lebensmittel zu kaufen, die so umfassende Prüfverfahren durchlaufen mussten wie Lebensmittel, die mit Hilfe der Gentechnik hergestellt wurden oder GVO enthalten. Ich denke, die Ängste vieler deutscher Mitbürger kommen ‚aus dem Bauch‘ und sind oft durch fehlendes Wissen hervorgerufen.“² 1996/97 unterstützt Buhk bei öffentlichen Auftritten und Schriften die Einführung von Monsanto's gv-Soja auf den deutschen Markt. 2000 wird er Unterzeichner der Erklärung „Scientist in support of agricultural biotechnology“, des Manifests Gentechnik befürwortender Wissenschaftler und Lobbyisten. Bereits die Website, auf der das Manifest beworben wird, zeigt mit der Schlagzeile „Supporting Biotechnology in Agriculture“ die politische Ausrichtung. In dem Manifest wurde die Agro-Gentechnik unter anderem als umweltfreundlich, sicher und präzise verherrlicht.³ Irgendwann fiel das sogar den schwerfälligen Regierungsapparaten auf: 2002 erhielt Buhk eine Abmahnung wegen eines öffentlichen Auftritts als Industrievertreter – doch nichts änderte sich an seiner zentralen Position. Im gleichen Jahr trat Buhk im Werbevideo „Das streitbare Korn“ auf, in dem er die ökonomischen Vorteile von gv-Mais anpreist. Im gleichen Jahr saß er im Steering Committee der Gentechnik-Messe ABIC2004 mit und unterzeichnete (mit Hinweis auf sein Amt im BVL) das „ABIC2004 Manifestos“, in dem die Abschaffung „unnötiger Hürden“ für die Zulassung von GVOs gefordert wurde. Weiterhin, d.h. gleichzeitig war Buhk als Leiter des Gentechnik- Referats für die Einhaltung genau dieser bestehenden 'Hürden' verantwortlich. Politisch agierte er also als Gegner genau der Richtlinien, deren Einhaltung er im BVL zu überwachen hatte. Die damals zuständige Ministerin Künast kündigte nach öffentlichem Druck eine Überprüfung an. Geschehen ist nichts. Im Gegenteil: Buhk setzte sich trotz seiner Tätigkeit als oberster Verbraucherschützer in Sachen Gentechnik für die Gentechnik und gegen Verbraucherrechte ein. Beim Gießener Gengerstenversuch unterzeichnete er am 3.4.2006 die sofortige Vollziehung und nahm damit den VerbraucherInnen jede Möglichkeit, mit ihren Einwendungen eine Wirkung zu erzielen. Weiterer Fall: Zur Freisetzung von genmanipuliertem Weizen in Gatersleben behauptete das BVL in der Wirtschaftswoche vom 18.09.2006: „Die so genannten Weizensippen würden sich nicht untereinander kreuzen.“ Das ist kompletter Unsinn und wurde so nicht einmal vom Antragsteller IPK behauptet.⁴ Am 26. April 2007 wehrte sich Buhk gegen die Weisung des Agrarministers zur Einschränkung der Inverkehrbringensgenehmigung von MON810: „In meiner Zuständigkeit als Leiter der Abteilung Gentechnik kann ich die ergangene Weisung aus fachlichen Gründen nicht als richtig erachten.“ Die interne Mail diente kurz danach der Firma Monsanto als Munition in einem Klageverfahren und trug dazu bei, dass das Verbot wieder aufgehoben wurde. Ob das von Beginn an das Ziel war, ist unklar. Die Liste weiterer Verflechtungen ist lang. Buhk ist Unterstützer der Initiative „Public Research & Regulation Initiative (PRRI)“, die unter anderem von Syngenta und mehreren Gentechnik-

¹ Umweltinstitut München, Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Dr. Buhk und Bartsch am 24.11.2006 (S. 3)

² www.margarine-institut.de/faq/beiexpertennachgefragt/exp_buhk1.htm

³ www.agbioworld.org/declaration/petition/petition.php

⁴ Quelle: Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Dr. Buhk und Bartsch vom BVL durch das Umweltinstitut München am 24.11.2006.

Lobbyorganisationen gesponsert wird. Als „größte Ungeheuerlichkeit“ benannte das Fernsehmagazin Report, das etliche dieser Verflechtungen veröffentlichte, allerdings das Verhalten und Buhk und weiteren Behördenmitarbeitern beim Ausfüllen von Formularen vor Beginn ihrer Dienste für die EU. „Die Beamten wurden ... von der EU in diesen Standardfragebögen nach solchen Interessenkonflikten befragt.“ Sie verschwiegen diese.⁵

Buhk ist nicht der einzige Fall von Filz im BVL. In seiner Abteilung arbeitet Detlev Bartsch, zuständig vor allem für die Bewertung von Auswirkungen auf die Umwelt. Doch was er untersuchen soll, ist für ihn längst entschieden. Bereits 1995 erklärt Bartsch: „Es geht schon lange nicht mehr darum, ob wir die Gentechnik wollen oder nicht. Es geht vielmehr darum, wie wir sie wollen.“ In dieser Zeit arbeitet er selbst in Freisetzungsversuchen an der RWTH Aachen mit. 2002 wirkt er im gleichen Werbevideo wie sein Vorgesetzter Buhk mit. In einem Interview (2006, www.biosicherheit.de) beschreibt Bartsch MON810 als „sicheres Produkt“. Seitdem ist er auch Mitglied des Projektmanagementkomitees des EU-Projekts TRANSCONTAINER zur Entwicklung von Terminator-GVOs und ist Mitglied der Gesellschaft für Pflanzenzüchtung, die durch den Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter gefördert wird. Im Deutschlandfunk äußert sich Bartsch noch deutlicher – es gäbe gar keine Alternative zur Gentechnik: „Dann haben wir eigentlich nur noch die Wahl, den Maisanbau ganz aufzugeben, oder umfangreich Insektizide einzusetzen. Oder aber wir setzen eine neu entwickelte BT-Maissorte ein. Mehr Optionen bleiben nicht.“⁶ Ein Beamter, dessen Aufgabe es ist, das Leben und die Gesundheit von Menschen und die Umwelt in ihrem Wirkungsgefüge vor schädlichen Auswirkungen gentechnischer Verfahren zu schützen (§ 1 Nr.1 Gentechnikgesetz) sollte eigentlich nicht die Alternativlosigkeit der Gentechnik betonen. Abgesehen von der inhaltlichen Schwäche des Arguments – die Bekämpfung des Maiswurzelbohrers kann mit klassischen Methoden wie Fruchtfolge und geeignete Bodenbearbeitung erfolgen, stellt sich die Frage, wessen Interessen Dr. Bartsch bei seiner Argumentation für den Einsatz der Agro-Gentechnik vertritt.

Eine weitere Mitarbeiterin des BVL, Marianna Schauzu, wurde verdächtigt, unter einem Pseudonym Propaganda-Artikel für die Agro-Gentechnik geschrieben zu haben. Schauzu arbeitet heute im Bundesamt für Risikoforschung (BfR) in der Abteilung für Risikokommunikation und ist für die Kontakte zur Europäischen Zulassungsstelle EFSA (European Food Safety Authority) zuständig.⁷

Am 24.11.2006 reichten MitarbeiterInnen des Umweltinstitut München eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die leitenden Beamten Dr. Buhk und Bartsch ein wegen derer offensichtlicher Parteilichkeit. Staatssekretär Lindemann vom BMELV wies die zurück. Dabei verteidigte er die BVL-Abteilung gar nicht, sondern behauptete, diese habe keine Auswirkungen, weil der Präsident des BVL jeden Freisetzungs- und Inverkehrbringungsabsatz noch mal überprüfe und dann selbst unterzeichne.⁸ Das war schlicht gelogen. So findet sich unter der Genehmigung des Gerstenversuchs 2006 bis 2008 in Gießen ausschließlich die Unterschrift von Dr. Buhk.⁹

Noch etwas ist unfassbar: Ausgerechnet die Seilschaften auf Staatsposten und verbal obersten Verbraucherschützer lassen sich bei ihrem Geschäft gar nicht gern in die Karten schauen. Das BVL verweigert seit Jahren die Akteneinsicht, obwohl diese nach Umweltinformationsgesetz vorgeschrieben ist. Als im Herbst 2008 mehrere interessierte Personen versuchten, Informationen zu einem Genversuchsfeld zu bekommen, legten Überwachungsbehörde und sogar der Versuchsbetreiber ihre Akten entsprechend den gesetzlichen Anforderungen offen. Nur das BVL, also die für den Verbraucherschutz zuständige Behörde, verweigerte dies. Erst ein eingeschaltetes Gericht ordnete an, dass das BVL seine rechtswidrige Praxis nicht fortführen dürfe.¹⁰

Schlussfolgerung also: Wer als VerbraucherIn Schutz sucht, ist beim Bundesamt für Verbraucherschutz an der falschen Adresse. Eine richtige aber gibt es in diesem Land nicht.

Absender dieser Presseinformation:

Feldbefreier

c/o Projektwerkstatt

Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen

Tel. 06401/90328-3, Fax –5

saasen@projektwerkstatt.de, www.gendreck-giessen.de.vu und www.gentech-weg.de.vu

⁵ Sendung des SWR in Report Mainz am 28.2.2005

⁶ Sendung am 8.12.2003, zitiert nach: Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Dr. Buhk und Bartsch vom BVL durch das Umweltinstitut München am 24.11.2006.

⁷ Lorch/Then, S. 12

⁸ Schreiben vom 31.5.2007, Az. 114-0454-3/3000

⁹ Bescheid vom 3.4.06 zum Az. 6786-01-0168

¹⁰ Mehr zu dem Fall unter www.projektwerkstatt.de/gen/sonder_bvl_akteneinsicht.htm